

25.02.00

WI - Fz - U

Gesetzesbeschluss

des Deutschen Bundestages

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 91. Sitzung am 25. Februar 2000 aufgrund der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie - Drucksache 14/2776 - den von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes
- Drucksache 14/2341 -

in der nachstehenden Fassung (Anlage) angenommen.

Fristablauf: 17.03.00

Initiativgesetz des Bundestages

**Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
(Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG)
sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes
und des Mineralölsteuergesetzes**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG)

§ 1

Ziel des Gesetzes

Ziel dieses Gesetzes ist es, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen und den Beitrag Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung deutlich zu erhöhen, um entsprechend den Zielen der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland den Anteil Erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch bis zum Jahr 2010 mindestens zu verdoppeln.

§ 2

Anwendungsbereich

- (1) Dieses Gesetz regelt die Abnahme und die Vergütung von Strom, der ausschließlich aus Wasserkraft, Windkraft, solarer Strahlungsenergie, Geothermie, Deponiegas, Klärgas, Grubengas oder aus Biomasse im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone gewonnen wird, durch Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die Netze für die allgemeine Versorgung betreiben (Netzbetreiber). Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie dem Bundesministerium für Wirtschaft

und Technologie durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf, Vorschriften zu erlassen, welche Stoffe und technischen Verfahren bei Biomasse in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen, und welche Umweltauflagen einzuhalten sind.

(2) Nicht erfasst wird Strom

1. aus Wasserkraftwerken, Deponiegas- oder Klärgasanlagen mit einer installierten elektrischen Leistung über 5 Megawatt oder aus Anlagen, in denen der Strom aus Biomasse gewonnen wird, mit einer installierten elektrischen Leistung über 20 Megawatt sowie
2. aus Anlagen, die zu über 25 Prozent der Bundesrepublik Deutschland oder einem Bundesland gehören, und
3. aus Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie mit einer installierten elektrischen Leistung über fünf Megawatt. Soweit Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie nicht an oder auf baulichen Anlagen angebracht sind, die vorrangig anderen Zwecken als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie dienen, beträgt die Leistungsgrenze des Satz 1 100 Kilowatt.

(3) Neuanlagen sind Anlagen, die nach dem [Einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] in Betrieb genommen worden sind. Reaktivierte oder erneuerte Anlagen gelten als Neuanlagen, wenn die Anlage in wesentlichen Teilen erneuert worden ist. Eine wesentliche Erneuerung liegt vor, wenn die Kosten der Erneuerung mindestens 50 vom Hundert der Kosten einer Neuinvestition der gesamten Anlage betragen. Altanlagen sind Anlagen, die vor dem [Einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] in Betrieb genommen worden sind.

§ 3

Abnahme- und Vergütungspflicht

(1) Netzbetreiber sind verpflichtet, Anlagen zur Erzeugung von Strom nach § 2 an ihr Netz anzuschließen, den gesamten angebotenen Strom aus diesen Anlagen vorrangig abzunehmen und den eingespeisten Strom nach §§ 4 bis 8 zu vergüten. Die Verpflichtung trifft den Netzbetreiber, zu dessen technisch für die Aufnahme geeignetem Netz die kürzeste Entfernung zum Standort der Anlage besteht. Ein Netz gilt auch dann als technisch geeignet, wenn die Abnahme des Stroms unbeschadet des Vorrangs nach Satz 1 erst durch einen wirtschaftlich zumutbaren Ausbau des Netzes möglich wird; in diesem Fall ist der Netzbetreiber auf Verlangen des Einspeisewilligen zu dem unverzüglichen Ausbau verpflichtet. Soweit es für die Planung des Netzbetreibers und des Einspeisewilligen sowie für die Feststellung der Eignung erforderlich ist, sind Netzdaten und Anlagendaten offen zu legen.

- (2) Der vorgelagerte Übertragungsnetzbetreiber ist zur Abnahme und Vergütung der von dem Netzbetreiber nach Absatz 1 aufgenommenen Energiemenge entsprechend §§ 4 bis 8 verpflichtet. Wird im Netzbereich des abgabeberechtigten Netzbetreibers kein inländisches Übertragungsnetz betrieben, so trifft die Pflicht zur Abnahme und Vergütung nach Satz 1 den nächstgelegenen inländischen Übertragungsnetzbetreiber.

§ 4

Vergütung für Strom aus Wasserkraft, Deponiegas, Grubengas und Klärgas

Für Strom aus Wasserkraft, Deponiegas, Grubengas und Klärgas beträgt die Vergütung mindestens 15 Pfennige pro Kilowattstunde. Bei Anlagen mit einer elektrischen Leistung über 500 Kilowatt gilt dies nur für den Teil des eingespeisten Stroms des jeweiligen Abrechnungsjahres, der dem Verhältnis von 500 Kilowatt zur Leistung der Anlage in Kilowatt entspricht; dabei bemisst sich die Leistung nach dem Jahresmittel der in den einzelnen Monaten gemessenen mittleren elektrischen Wirkleistung. Der Preis für sonstigen Strom beträgt mindestens 13 Pfennige pro Kilowattstunde.

§ 5

Vergütung für Strom aus Biomasse

- (1) Für Strom aus Biomasse beträgt die Vergütung für Anlagen
1. bis einschließlich einer installierten elektrischen Leistung von 500 Kilowatt mindestens 20 Pfennige pro Kilowattstunde,
 2. bis einschließlich einer installierten elektrischen Leistung von 5 Megawatt mindestens 18 Pfennige pro Kilowattstunde und
 3. ab einer installierten elektrischen Wirkleistung von 5 Megawatt mindestens 17 Pfennige pro Kilowattstunde; dies gilt jedoch erst ab dem Tag des Inkrafttretens der Verordnung nach § 2 Absatz 1 Satz 2.

§ 4 Satz 2 Halbsatz 1 findet entsprechende Anwendung.

- (2) Die Mindestvergütungen nach Absatz 1 werden beginnend ab dem 1. Januar 2002 jährlich jeweils für mit diesem Zeitpunkt neu in Betrieb genommene Anlagen um jeweils eins vom Hundert gesenkt; die Beträge sind auf eine Stelle hinter dem Komma zu runden.

§ 6

Vergütung für Strom aus Geothermie

Für Strom aus Geothermie beträgt die Vergütung

1. bis einschließlich einer installierten elektrischen Leistung von 20 Megawatt mindestens 17,5 Pfennige pro Kilowattstunde und
2. ab einer installierten elektrischen Leistung von 20 Megawatt mindestens 14 Pfennige pro Kilowattstunde.

§ 4 Satz 2 Halbsatz 1 findet entsprechende Anwendung.

§ 7

Vergütung für Strom aus Windkraft

(1) Für Strom aus Windkraft beträgt die Vergütung mindestens 17,8 Pfennige pro Kilowattstunde für die Dauer von fünf Jahren gerechnet ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme. Danach beträgt die Vergütung für Anlagen, die in dieser Zeit 150 vom Hundert des errechneten Ertrages der Referenzanlage (Referenzertrag) gemäß dem Anhang zu diesem Gesetz erzielt haben, mindestens 12,1 Pfennige pro Kilowattstunde. Für sonstige Anlagen verlängert sich die Frist des Satzes 1 für jedes 0,75 vom Hundert des Referenzertrages, um den ihr Ertrag 150 vom Hundert des Referenzertrages unterschreitet, um zwei Monate. Soweit der Strom in Anlagen erzeugt wird, die in einer Entfernung von mindestens drei Seemeilen gemessen von den zur Begrenzung der Hoheitsgewässer dienenden Basislinien aus seewärts errichtet und bis einschließlich des 31. Dezember 2006 in Betrieb genommen worden sind, beträgt die Frist des Satzes 1 sowie der Zeitraum des Satzes 2 neun Jahre.

(2) Für Altanlagen gilt als Zeitpunkt der Inbetriebnahme im Sinne von Absatz 1 Satz 1 der [Einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes]. Für diese Anlagen verringert sich die Frist im Sinne von Absatz 1 Satz 1 bis 3 um die Hälfte der bis zum [Einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] zurückgelegten Betriebszeit; sie läuft jedoch in jedem Fall mindestens vier Jahre gerechnet vom [Einsetzen: Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes]. Soweit für solche Anlagen eine Leistungskennlinie nicht ermittelt wurde, kann an ihre Stelle eine auf der Basis der Konstruktionsunterlagen des Anlagentyps vorgenommene entsprechende Berechnung einer gemäß Anhang berechtigten Institution treten.

(3) Die Mindestvergütungen nach Absatz 1 werden beginnend mit dem 1. Januar 2002 jährlich jeweils für ab diesem Zeitpunkt neu in Betrieb genommene Anlagen um jeweils eins Komma fünf vom Hundert gesenkt; die Beträge sind auf eine Stelle hinter dem Komma zu runden.

- (4) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, zur Durchführung des Absatzes 1 in einer Rechtsverordnung Vorschriften zur Ermittlung des Referenzertrages zu erlassen.

§ 8

Vergütung für Strom aus solarer Strahlungsenergie

- (1) Für Strom aus solarer Strahlungsenergie beträgt die Vergütung mindestens 99 Pfennige pro Kilowattstunde. Die Mindestvergütung wird beginnend mit dem 1. Januar 2002 jährlich jeweils für ab diesem Zeitpunkt neu in Betrieb genommene Anlagen um jeweils 5 vom Hundert gesenkt; der Betrag der Vergütung ist auf eine Stelle hinter dem Komma zu runden.
- (2) Die Verpflichtung zur Vergütung nach Absatz 1 entfällt für Fotovoltaikanlagen, die nach dem 31. Dezember des Jahres in Betrieb genommen werden, das auf das Jahr folgt, in dem Fotovoltaikanlagen, die nach diesem Gesetz vergütet werden, eine installierte Leistung von insgesamt 350 Megawatt erreichen. Vor Entfallen der Vergütungsverpflichtung nach Absatz 1 trifft der Deutsche Bundestag im Rahmen dieses Gesetzes eine Anschlussvergütungsregelung, die eine wirtschaftliche Betriebsführung unter Berücksichtigung der inzwischen erreichten Kostendegression in der Anlagentechnik sicherstellt.

§ 9

Gemeinsame Vorschriften

- (1) Die Mindestvergütungen nach §§ 4 bis 8 sind für neu in Betrieb genommene Anlagen jeweils für die Dauer von 20 Jahren ohne Berücksichtigung des Inbetriebnahmejahres zu zahlen, soweit es sich nicht um Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Wasserkraft handelt. Für Anlagen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes in Betrieb genommen worden sind, gilt als Inbetriebnahmejahr das Jahr 2000.
- (2) Wird Strom aus mehreren Anlagen über eine gemeinsame Messeinrichtung abgerechnet, so ist für die Berechnung der Höhe differenzierter Vergütungen die maximale Wirkleistung jeder einzelnen Anlage maßgeblich. Soweit es sich um Strom aus mehreren Windkraftanlagen handelt, sind abweichend von Satz 1 für die Berechnung die kumulierten Werte dieser Anlagen maßgeblich.

§ 10 Netzkosten

- (1) Die notwendigen Kosten des Anschlusses von Anlagen nach § 2 an den technisch und wirtschaftlich günstigsten Verknüpfungspunkt des Netzes trägt der Anlagenbetreiber. Die Ausführung des Anschlusses muss den im Einzelfall notwendigen technischen Anforderungen des Netzbetreibers und dem § 16 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 24. April 1998 (BGBl. I S. 730) entsprechen. Der Anlagenbetreiber kann den Anschluss von dem Netzbetreiber oder einem fachkundigen Dritten vornehmen lassen.
- (2) Die notwendigen Kosten eines nur infolge neu anzuschließender Anlagen nach § 2 erforderlichen Ausbaus des Netzes für die allgemeine Versorgung zur Aufnahme und Weiterleitung der eingespeisten Energie trägt der Netzbetreiber, bei dem der Ausbau erforderlich wird. Der Netzbetreiber muss die konkret erforderlichen Investitionen unter Angabe ihrer Kosten im einzelnen darlegen. Die Netzbetreiber können den auf sie entfallenden Kostenanteil bei der Ermittlung des Netznutzungsentgelts in Ansatz bringen.
- (3) Zur Klärung von Streitigkeiten wird eine Clearingstelle bei dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie errichtet, an der die betroffenen Kreise zu beteiligen sind.

§ 11 Bundesweite Ausgleichsregelung

- (1) Die Übertragungsnetzbetreiber sind verpflichtet, den unterschiedlichen Umfang der nach § 3 abzunehmenden Energiemengen und Vergütungszahlungen zu erfassen und nach Maßgabe des Absatzes 2 untereinander auszugleichen.
- (2) Die Übertragungsnetzbetreiber ermitteln bis zum 31. März eines jeden Jahres die Energiemenge, die sie im Vorjahr nach § 3 abgenommen haben, und den Anteil dieser Menge an der gesamten Energiemenge, die sie unmittelbar oder mittelbar über nachgelagerte Netze an Letztverbraucher abgegeben haben. Übertragungsnetzbetreiber, die größere Mengen abzunehmen hätten, als es diesem durchschnittlichen Anteil entspricht, haben gegen die anderen Übertragungsnetzbetreiber einen Anspruch auf Abnahme und Vergütung nach §§ 3 bis 8, bis auch diese Netzbetreiber eine Energiemenge abnehmen, die dem Durchschnittswert entspricht.
- (3) Auf die zu erwartenden Ausgleichsmengen und -vergütungen sind monatliche Abschläge zu leisten.

- (4) Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die Strom an Letztverbraucher liefern, sind verpflichtet, den von dem für sie regelverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber nach Absatz 2 abgenommenen Strom anteilig abzunehmen und zu vergüten. Satz 1 gilt nicht für Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die, bezogen auf die gesamte von ihnen gelieferte Strommenge, zu mindestens 50 vom Hundert Strom im Sinne des § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 liefern. Der nach Satz 1 abzunehmende Anteil wird bezogen auf die von dem jeweiligen Elektrizitätsversorgungsunternehmen gelieferte Strommenge und ist so zu bestimmen, dass jedes Elektrizitätsversorgungsunternehmen einen relativ gleichen Anteil erhält. Der Umfang der Abnahmepflicht (Anteil) bemisst sich nach dem Verhältnis des nach § 3 insgesamt eingespeisten Stroms zu dem insgesamt an Letztverbraucher abgesetzten Strom, von dem die Strommenge abzuziehen ist, die von Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Sinne von Satz 2 geliefert wird. Die Vergütung im Sinne von Satz 1 errechnet sich aus dem Durchschnitt der nach § 3 von der Gesamtheit der Netzbetreiber je Kilowattstunde in dem vorvergangenen Quartal gezahlten Vergütungen. Der nach Satz 1 abgenommene Strom darf nicht unter der nach Satz 5 gezahlten Vergütung verkauft werden, soweit er als Strom im Sinne des § 2 oder als diesem vergleichbarer Strom vermarktet wird.
- (5) Jeder Netzbetreiber ist verpflichtet, den anderen Netzbetreibern die für die Berechnungen nach Absatz 1 und 2 erforderlichen Daten rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Jeder Netzbetreiber kann verlangen, dass die anderen ihre Angaben durch einen im gegenseitigen Einvernehmen bestellten Wirtschaftsprüfer oder vereidigten Buchprüfer testieren lassen. Ist ein Einvernehmen nicht erzielbar, so bestimmt der Präsident des zuständigen Oberlandesgerichts am Sitz des ausgleichsberechtigten Netzbetreibers den Wirtschaftsprüfer oder vereidigten Buchprüfer.

§ 12

Erfahrungsbericht

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat dem Deutschen Bundestag bis zum 30. Juni jedes zweiten auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Jahres im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über den Stand der Markteinführung und der Kostenentwicklung von Anlagen zur Erzeugung von Strom im Sinne des § 2 zu berichten, sowie gegebenenfalls zum 1. Januar des jeweils übernächsten Jahres eine Anpassung der Höhe der Vergütungen nach den §§ 4 bis 8 und der Degressionssätze entsprechend der technologischen und Marktentwicklung für Neuanlagen sowie eine Verlängerung des Zeitraums für die Berechnung des Ertrages einer Windkraftanlage gemäß dem Anhang in Abhängigkeit von den Erfahrungen mit dem nach diesem Gesetz festgelegten Berechnungszeitraum vorzuschlagen.

Anhang

1. Referenzanlage ist eine Windkraftanlage eines bestimmten Typs, für die sich entsprechend ihrer von einer dazu berechtigten Institution vermessenen Leistungskennlinie an dem Referenzstandort ein Ertrag in Höhe des Referenzertrages errechnet.
2. Der Referenzertrag ist die für jeden Typ einer Windkraftanlage einschließlich der jeweiligen Nabenhöhe bestimmte Strommenge, die dieser Typ bei Errichtung an dem Referenzstandort rechnerisch auf Basis einer vermessenen Leistungskennlinie in fünf Betriebsjahren erbringen würde.
3. Der Typ einer Windkraftanlage ist bestimmt durch die Typenbezeichnung, die Rotorkreisfläche, die Nennleistung und die Nabenhöhe gemäß den Angaben des Herstellers.
4. Referenzstandort ist ein Standort, der bestimmt wird durch eine Rayleigh-Verteilung mit einer mittleren Jahreswindgeschwindigkeit von 5,5 Metern je Sekunde in einer Höhe von 30 Metern über Grund, einem logarithmischen Höhenprofil und der Rauigkeitslänge von 0,1 Metern.
5. Die Leistungskennlinie ist der für jeden Typ einer Windkraftanlage ermittelte Zusammenhang zwischen Windgeschwindigkeit und Leistungsabgabe unabhängig von der Nabenhöhe. Die Leistungskennlinie ist zu ermitteln nach dem einheitlichen Verfahren gemäß den Technischen Richtlinien für Windenergieanlagen, Revision 13, Stand 1. Januar 2000, herausgegeben von der Fördergesellschaft Windenergie e. V. (FGW) mit Sitz in Hamburg oder der technischen Richtlinie Power Performance Measurement Procedure Version 1 vom September 1997 des Network of European Measuring Institutes (MEASNET) mit Sitz in Brüssel, Belgien. Soweit die Leistungskennlinie nach einem vergleichbaren Verfahren vor dem 1. Januar 2000 ermittelt wurde, kann diese anstelle der nach Satz 2 ermittelten Leistungskennlinie herangezogen werden, soweit nach dem 31. Dezember 2001 nicht mehr mit der Errichtung von Anlagen des Typs, für die sie gelten, im Geltungsbereich dieses Gesetzes begonnen wird.
6. Zur Vermessung der Leistungskennlinien und Berechnung der Referenzerträge von Anlagentypen am Referenzstandort sind für die Zwecke dieses Gesetzes die Institutionen berechtigt, die entsprechend der technischen Richtlinie Allgemeinen Kriterien zum Betreiben von Prüflaboratorien (DIN EN 45001), Ausgabe Mai 1990, für die Vermessung der Leistungskennlinien im Sinne von Nummer 5 akkreditiert sind. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie veröffentlicht diese Institutionen nachrichtlich im Bundesanzeiger.

Artikel 2

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung

§ 2 Absatz 5 des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) vom 24. April 1998 (BGBl. I S. 730) wird wie folgt geändert:

Das Wort „Stromeinspeisungsgesetz“ wird durch die Worte „Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien“ ersetzt.“

Artikel 3

Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes

§ 25 des Mineralölsteuergesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2150, 2185; 1993 I S. 169), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom ... Dezember 1999 (BGBl. I S. ...) wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 Nr. 4a wird wie folgt gefasst:

"4a. für Benzine nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder Gasöle nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 sowie für Flüssiggase, Erdgase und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2, die nachweislich nach den jeweils am 1. Januar 2000, 1. Januar 2001, 1. November 2001, 1. Januar 2002 oder 1. Januar 2003 geltenden Steuersätzen des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder 4 oder des § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 versteuert worden sind oder für die jeweils am 1. Januar 2000, 1. Januar 2001, 1. November 2001, 1. Januar 2002 oder 1. Januar 2003 eine Nachsteuer nach § 35 entstanden ist, und die

a) in zur allgemein zugänglichen Beförderung von Personen bestimmten Schienenbahnen mit Ausnahme Bergbahnen oder

b) in Kraftfahrzeugen im genehmigten Linienverkehr nach den §§ 42 und 43 des Personenbeförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2551, 2544).

verwendet worden sind, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reiseweite 50 Kilometer oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt."

2. Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

"(3) Der Erlass, die Erstattung oder die Vergütung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 4a beträgt:

1. für 1000 l Benzin nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a oder 1000 l Gasöl nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Buchstabe a
vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2000 30,00 DM
vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Oktober 2001 60,00 DM

- | | |
|--|-----------|
| vom 1. November 2001 bis zum 31. Dezember 2001 | 75,00 DM |
| vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2002 | 53,70 EUR |
| 2. für 1000 l Benzine nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b
oder 1000 l Gasöle nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Buchstabe b | |
| vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2000 | 30,00 DM |
| vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Dezember 2001 | 60,00 DM |
| vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2002 | 46,05 EUR |
| 3. für 1000 l Benzine nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe c
oder 1000 l Gasöle nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Buchstabe c
ab 1. Januar 2003 | |
| | 69,05 EUR |
| 4. für 1000 l Benzine nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe d
oder 1000 l Gasöle nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Buchstabe d
ab 1. Januar 2003 | |
| | 61,40 EUR |
| 5. für 1000 kg Flüssiggase nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a | |
| vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2000 | 7,40 DM |
| vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Dezember 2001 | 14,80 DM |
| vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2002 | 11,40 EUR |
| vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2009 | 15,20 EUR |
| 6. für eine MWh Erdgas und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 | |
| vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2000 | 0,55 DM |
| vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Dezember 2001 | 1,10 DM |
| vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2002 | 0,85 EUR |
| vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2009 | 1,15 EUR |

3. In Absatz 3a Satz 1 Nr. 1.1, 2, 3.1 und 4.1 werden nach dem Wort "Monatsnutzungsgrad" jeweils die Wörter "oder einem Jahresnutzungsgrad" eingefügt.

4. Absatz 3b wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt: " Satz 1 gilt für die Berechnung des Jahresnutzungsgrades sinngemäss."

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

5. Absatz 3c wird wie folgt gefasst:

" (3c) Der Erlass, die Erstattung oder die Vergütung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 5 wird im Falle des Absatzes 3a Nr. 1.1, 2, 3.1 und 4.1 nur für den Monat oder das Jahr gewährt, in dem der Nutzungsgrad von mindestens 70 Prozent erreicht worden ist."

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Artikel 1 und 2 dieses Gesetz treten am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft. Gleichzeitig tritt das Stromeinspeisungsgesetz vom 7. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2633), zuletzt geändert durch Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. April 1998 (BGBl. I S. 730, 734) außer Kraft.
- (2) Artikel 3 tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2000 in Kraft.

02.03.00

Empfehlungen
der Ausschüsse

Wi - Fz - U

zu **Punkt ...** der 749. Sitzung des Bundesrates am 17. März 2000

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes

A.

1. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

empfiehlt dem Bundesrat, zu dem Gesetz einen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen.

B.

**Im federführenden Wirtschaftsausschuss und
im Finanzausschuss**

ist eine Empfehlung an das Plenum nicht zustande gekommen.

Ausgeliefert am 07. MRZ. 2000

14.03.00

Antrag

des Freistaates Sachsen

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare Energien-Gesetz - EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes

Punkt 10 der 749. Sitzung des Bundesrates am 17. März 2000

Der Bundesrat möge beschließen; die Einberufung des Vermittlungsausschusses nach Art. 77 Abs. 2 Satz 1 GG mit dem Ziel zu verlangen,

Artikel 1 (Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG))

Artikel 1 wird gestrichen.

Begründung:

Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien einen unverzichtbaren Beitrag zur künftigen sicheren und klimaverträglichen Energieversorgung leisten muss. Er hält auch eine Weiterförderung der Stromerzeugung dieser Energien, die bisher erfolgreich durch das Stromeinspeisungsgesetz geleistet wurde, für notwendig.

Artikel 1 des Gesetzes ist aber abzulehnen, da er zu einer tendenziellen Erhöhung der Strompreise und zur Subventionierung unwirtschaftlicher Energieerzeugungsformen führt.

Es besteht die Gefahr, dass sich diese Subventionen zu Dauersubventionierungen verfestigen, da nicht absehbar ist, ob und ggf. wann die wirtschaftlichen Effizienz Nachteile je von selbst abgebaut werden können.

Ausgeliefert am 15. MRZ. 2000

Antrag
des Landes Hessen

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes

Punkt 10 der 749. Sitzung des Bundesrates am 17. März 2000

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien einen unverzichtbaren Beitrag zur künftigen sicheren und klimaverträglichen Energieversorgung leisten muss. Er hält auch eine Weiterförderung der Stromerzeugung aus diesen Energien, die bisher erfolgreich durch das Stromeinspeisungsgesetz geleistet wurde, für notwendig.
2. Die Förderung muss jedoch den energiewirtschaftlichen, technologischen und rechtlichen Veränderungen des Energiemarktes angepasst werden. Dem wird der vorliegende Gesetzesbeschluss nicht gerecht.
Er begegnet vielmehr erheblichen Bedenken im Bezug auf Auswirkungen auf die Strompreise und auf die notwendige Heranführung der geförderten Technologien an die Marktbedingungen. Problematisch ist insbesondere
 - die zum Teil deutliche weitere Anhebung der Vergütungssätze gegenüber dem derzeitigen Niveau,
 - die nur teilweise und marginale degressive Ausgestaltung der Vergütungssätze,
 - die unzureichende, zum Teil über die Lebenszeit einer Anlage hinaus reichende Befristung des Förderzeitraums.
3. Die zeitliche und finanzielle Ausgestaltung der beabsichtigten Förderung stößt auf europarechtliche Bedenken. Auf diese Bedenken hat auch der Bundeswirtschaftsminister in einem Schreiben vom 09.02.2000, das an die Vorsitzenden der zuständigen Bundestags-Ausschüsse ging, hingewiesen.

Ausgeliefert am 16. MRZ. 2000 ...

4. Die jahrelangen Erfahrungen mit dem Stromeinspeisungsgesetz haben gezeigt, dass eine derartige Förderung nicht geeignet ist, die geförderten Energieträger und Techniken tatsächlich innerhalb eines halbwegs akzeptablen Zeitrahmens zur Marktreife und Konkurrenzfähigkeit zu führen. Ansatzweise ist dies allenfalls bei der Windkraft der Fall.
5. Die beabsichtigten festen Vergütungssätze für unterschiedliche erneuerbare Energieträger sind trotz der ansatzweisen Bemühungen um eine Differenzierung nach Standort-Voraussetzungen nicht geeignet, Anreize zur Effizienzsteigerung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Sie wirken eher kontraproduktiv.
6. Das beabsichtigte Verfahren zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien trägt in keiner Weise dem ökonomischen Wirtschaftlichkeitsprinzip Rechnung, auch wenn dies in der Begründung immer wieder behauptet wird. Dieses Prinzip besagt, dass ein bestimmter Erfolg mit dem geringst möglichen Mitteleinsatz oder mit einem bestimmten Mitteleinsatz der größtmögliche Erfolg erzielt werden muss. Die beabsichtigte Fördermethode erfüllt diese Kriterien nicht. Garantiert wird lediglich eine rentable Verzinsung der durch private Investoren aufbrachten Finanzmittel.
7. Der Bundesrat spricht sich für eine Neuregelung der Förderung erneuerbarer Energien aus, die folgende Grundsätze beachtet:
 - a) Die neue Regelung muss den aktuellen Entwicklungen im liberalisierten Strommarkt in Deutschland und Europa Rechnung tragen. Im Einklang mit dem europäischen Beihilferecht, das Dauersubventionen grundsätzlich entgegen steht, muss die Förderung zeitlich stärker befristet und degressiver ausgestaltet werden.
 - b) Mit dem zukünftigen Fördersystem ist sicherzustellen, dass
 - die Erzeuger an der Marktentwicklung teilnehmen,
 - Anreize für Investitionen in neue Anlagen gegeben werden,
 - Überförderung ausgeschlossen wird, d.h. nicht der Investor, sondern erneuerbare Energien gefördert werden,
 - wettbewerbsrechtliche Anreize zu technologischen Weiterentwicklungen und Kostenoptimierungen der einzelnen Anlagen bestehen,
 - Vertrauensschutz für bestehende Anlagen gesichert wird,
 - die Investitionsbereitschaft des Mittelstandes nicht beeinträchtigt wird.
8. Insgesamt muss das Fördersystem so gestaltet sein, dass das gesamte Spektrum erneuerbare Energien in angemessener marktnaher Form gefördert wird, Ziel der Förderung muss es sein, durch differenziert ausgestaltete Fördersätze die Wettbewerbsfähigkeit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen in absehbarer Zeit herbeizuführen.

15.03.00

Antrag

der Länder Baden-Württemberg, Bayern

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes

Punkt 10 der 749. Sitzung des Bundesrates am 17. März 2000

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat stellt fest, dass das Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes seiner Zustimmung bedarf.

Begründung:

Das Gesetz enthält in Artikel 1 § 11 Abs. 5 Satz 3 eine Bestimmung, die das Verwaltungsverfahren der Länder regelt.

2. Der Bundesrat verlangt die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes mit dem Ziel, den Gesetzesbeschluss aufzuheben.

Begründung:

1. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien einen unverzichtbaren Beitrag zur sicheren und klimaverträglichen Energieversorgung leistet. Er hält auch eine Weiterförderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, die bisher über das Stromeinspeisungsgesetz erfolgt ist, für notwendig.
2. Die Förderung der erneuerbaren Energien muss jedoch den energiewirtschaftlichen, technologischen und rechtlichen Veränderungen des Energiemarktes an-

Ausgeliefert am 16. MRZ. 2000 ...

gepasst werden. Dieser Forderung wird der vorliegende Gesetzesbeschluss nicht gerecht. Das neue Gesetz stößt auf verfassungs- und europarechtliche Bedenken, hat negative Auswirkungen auf die Höhe der Strompreise und verhindert die notwendige Heranführung der geförderten Technologien an die Marktbedingungen. Problematisch ist insbesondere

- die zum Teil deutliche Anhebung der Vergütungssätze gegenüber dem derzeitigen Niveau,
 - die unzureichende degressive Ausgestaltung der Vergütungssätze,
 - die unzureichende, zum Teil über die Lebenszeit einer Anlage hinaus reichende Befristung des Förderzeitraums.
3. Die Konstruktion des Gesetzes verschleiert die tatsächliche Belastung von zunächst geschätzten 1,5 – 5 Mrd. DM, die der Volkswirtschaft zur Förderung der erneuerbaren Energieträger auferlegt wird.
 4. Mit dem EEG will die Bundesregierung im Interesse der Allgemeinheit durch Subventionierung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien den Klima- und Umweltschutz fördern.
Die erforderlichen Mittel werden nicht aus dem Bundeshaushalt aufgebracht, sondern durch eine gesetzliche Abnahme- und Vergütungspflicht, die primär nur die Versorgungsnetzbetreiber trifft.
Letztlich ist zwar eine gleichmäßige Belastung aller Stromverbraucher beabsichtigt; ob die Versorger die erhöhten Preise aber im Wettbewerb überwälzen können, ist fraglich.
 5. Die jahrelangen Erfahrungen mit dem Stromeinspeisungsgesetz haben gezeigt, dass eine derartige Förderung letztlich nicht geeignet ist, die geförderten Energieträger und Techniken innerhalb eines halbwegs akzeptablen Zeitrahmens zur Marktreife und Konkurrenzfähigkeit zu führen. Ansatzweise ist dies nur bei der Windkraft gelungen.
 6. Die im Gesetz vorgesehenen festen Vergütungssätze für unterschiedliche erneuerbare Energieträger sind trotz der ansatzweisen Bemühungen um eine Differenzierung nach Standort-Voraussetzungen nicht geeignet, Anreize zur Effizienzsteigerung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Sie wirken eher kontraproduktiv.
 7. Gefördert werden auch Energieträger, die bereits seit langem am Markt sind, längst abgeschriebene Altanlagen und Energieträger wie Grubengas, Deponiegas und Klärgas, die als Nebenprodukt bei der Abfallentsorgung anfallen und nicht als erneuerbare Energieträger im eigentlichen Sinne gelten.
In den hier genannten Fällen ist eine Förderung unter dem Stichwort "Unterstützung der Markteinführung erneuerbarer Energieträger" nicht notwendig oder zumindest fragwürdig.
 8. Die beabsichtigte Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien orientiert sich vornehmlich am Ziel des Umwelt- und Klimaschutzes. Die gleichrangigen Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes, nämlich die Wirtschaftlichkeit und die Versorgungssicherheit, werden nicht hinreichend beachtet.
 9. Das beabsichtigte Verfahren zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien verletzt das Wirtschaftlichkeitsprinzip. Der Mitteleinsatz steht in einem

Missverhältnis zum Erfolg. Mit gleichem Mitteleinsatz könnte eine effizientere Co₂-Reduzierung erreicht werden. In diesem Rahmen wäre die Förderung von größeren Anlagen, z.B. Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von über 5 MW, zu nennen.

10. Der Bundesrat spricht sich für eine Neuregelung der Förderung erneuerbarer Energien aus, die folgende Grundsätze beachtet:
 - a) Die Sicherstellung der Energieversorgung und damit auch der Ausbau erneuerbarer Energien liegt im Interesse der Allgemeinheit. Dem muss auch die Finanzierung Rechnung tragen.
 - b) Die neue Regelung muss den aktuellen Entwicklungen im liberalisierten Strommarkt in Deutschland und Europa Rechnung tragen. Im Einklang mit dem europäischen Beihilferecht, das Dauersubventionen grundsätzlich entgegen steht, muss die Förderung zeitlich stärker befristet und degressiver ausgestaltet werden.
 - c) Ein neues Konzept muss sicherstellen, dass
 - die Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien an der Marktentwicklung teilnehmen,
 - Anreize für Investitionen in neue Anlagen geschaffen werden,
 - eine Überförderung ausgeschlossen wird,
 - wettbewerbliche Anreize zu technologischen Weiterentwicklungen erfolgen und ein Zwang zur Kostenoptimierung für einzelne Anlagen besteht,
 - der Vertrauensschutz für bestehende Anlagen gesichert wird,
 - die Investitionsbereitschaft des Mittelstandes nicht beeinträchtigt wird.

11. Insgesamt muss eine neue Konzeption so gestaltet sein, dass das gesamte Spektrum erneuerbarer Energien in angemessener und marktnaher Form gefördert wird. Ziel der Förderung muss es sein, durch differenziert ausgestaltete Fördersätze die Wettbewerbsfähigkeit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen in absehbarer Zeit herbeizuführen. Dabei ist die baldige Einführung eines Zertifizierungssystems zur Qualitätssicherung und zum Nachweis der Herkunft umweltfreundlich erzeugten Stroms zu prüfen. Ferner ist zu prüfen, ob eine Mengenvorgabe und ein Handelssystem geeignet sind, den Wettbewerb zu fördern, um damit die Kosten der erneuerbaren Energien zu senken und einen raschen Marktzugang zu erreichen.

3. Falls der Bundesrat die Einberufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt: Der Bundesrat stimmt dem Gesetz nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes nicht zu.

Begründung:

Auf die Begründung zu Ziffer 2 des Antrages wird verwiesen.

16.03.00

Antrag
des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes

Punkt 10 der 749. Sitzung des Bundesrates am 17. März 2000

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat stellt fest, dass das Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes seiner Zustimmung bedarf.

Begründung:

Das Gesetz enthält in Artikel 1 § 11 Abs. 5 Satz 3 eine Bestimmung, die das Verwaltungsverfahren der Länder regelt.

2. Der Bundesrat stimmt dem vom Deutschen Bundestag am 25. Februar 2000 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes zu.

Ausgeliefert am 16. MRZ. 2000

17.03.00**Beschluss**
des Bundesrates

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes

Der Bundesrat stellt fest, dass das Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes seiner Zustimmung bedarf.

Begründung:

Das Gesetz enthält in Artikel 1 § 11 Abs. 5 Satz 3 eine Bestimmung, die das Verwaltungsverfahren der Länder regelt.

Der Bundesrat hat in seiner 749. Sitzung am 17. März 2000 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 25. Februar 2000 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes zuzustimmen.